

Prügelnde Jugendliche wurden mehrmals straffällig

Jugendgewalt in Thalwil Der Fall eines verprügelten 14-jährigen gab im Mai in Thalwil zu reden. Nun zeigt sich: Die Täter waren an diversen anderen Straftaten beteiligt.

Francesca Prader

Die Kantonspolizei Zürich hat sieben Jugendliche zwischen 13 und 17 Jahren überführt, die im Verdacht stehen, zwischen November letzten und April dieses Jahres vornehmlich in Thalwil diverse Straftaten begangen zu haben. Die Verdächtigen stammen aus der Schweiz, Russland, Portugal, Italien und Ungarn.

Die Ermittlungen ins Rollen brachte ein Fall, der sich Ende April auf einem Thalwiler Schulhausplatz zugetragen hat und über den diese Zeitung berichtete. Damals wandte sich der Thalwiler Thomas Müller (Name geändert) unter anderem an die Medien und die Gemeindebehörden, nachdem sein damals

14-jähriger Sohn auf dem Nachhauseweg von vier Jugendlichen verprügelt und bestohlen worden war. Müller erstattete Anzeige. Zwei der Täter konnten noch am gleichen Wochenende identifiziert und festgenommen werden. Beide waren bereits polizeilich bekannt.

Raub, Nötigung, Körperverletzung

Wie die Zürcher Kantonspolizei am Mittwoch in einer Mitteilung schreibt, haben die Spezialisten des Jugenddienstes der Kantonspolizei Zürich im Zuge weiterer Anzeigen und entsprechender Recherchen schlussendlich sieben Jugendliche überführt, die in Thalwil in wechselnder Zusammensetzung diverse Straf-

taten wie Raub, Nötigung, Drohung, Körperverletzung, Tätlichkeiten und Sachbeschädigungen begangen haben sollen.

Für Thomas Müller ist das Kapitel damit so gut wie abgeschlossen, er wolle aber über das Strafmass der Täter informiert werden. «Mir ist wichtig, dass diese Tat Konsequenzen hat für die Täter», sagt er auf Anfrage dieser Zeitung. Er hoffe, dass es «ein Lehrblät» für die jugendlichen Täter sei.

Zu Beginn sei er nicht überzeugt gewesen, dass eine Anzeige etwas nützen würde und alle am Übergriff auf seinen Sohn beteiligten Jugendlichen gefunden werden könnten, sagt Müller. So hatte er bei einem früheren Vorfall darauf verzichtet, Anzeige zu

erstatten. Im April hätten die Täter seinen Sohn aber mit Faust- und Fusstritten traktiert, auch dieser bereits am Boden lag, sagt Müller. «Mit dieser Gewalt wurde eine Grenze überschritten.»

Kritik an den Behörden geäussert

Der zweifache Vater sagt, er sei erleichtert und dankbar, dass die Polizei schnell gehandelt und den Fall ernst genommen habe. «Mein Sohn wurde mehrfach vernommen und konnte die Täter auf Bildern identifizieren.» Seine anfänglichen Bedenken, dass eine Anzeige seinem Sohn schaden könnte, hätten sich nicht bestätigt.

Im Nachgang des Zwischenfalls Ende April war Müller mit

den Thalwiler Behörden hart ins Gericht gegangen. Diese nähmen die Situation zu wenig ernst, dabei entwickle sich in der Gemeinde seit Jahren eine Jugendgewaltkultur. Behörden und die Gemeindepolizei hielten dagegen, Thalwil habe kein systematisches Problem mit Jugendgewalt. Doch während der Corona-Pandemie seien Probleme mit Jugendlichen im öffentlichen Raum, die in Einzelfällen auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führten, besser wahrnehmbar. Die Polizei hatte deshalb die Kontrollen im Zentrum ausgebaut. Vor allem zu Beginn der Pandemie hätten sich die Jugendlichen vermehrt in ihren Heimatgemeinden aufgehalten, statt beispielsweise nach Zürich zu fahren.

Alt-Bundesrichter stützt Befürworter des Seeuferwegs

Rechtsgutachten zum Seeuferweg Das politische Hickhack um den Seeuferweg ist um eine Facette reicher. Sie kommt in Form eines Gutachtens und gibt den Befürwortern des Wegs Rückenwind.

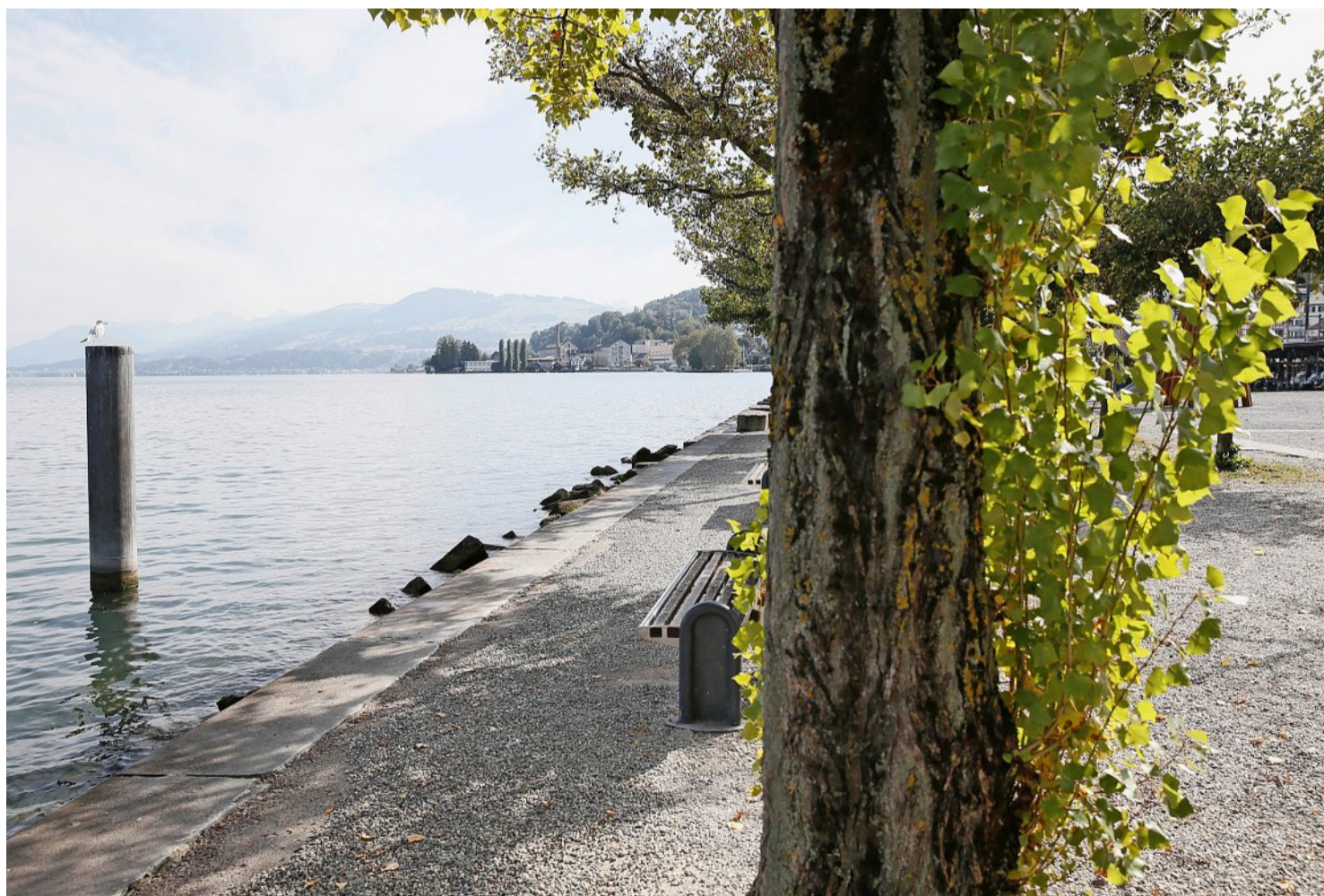
Die Mühlen in Politik und Rechtgebung mahlen langsam. Wenn beide zusammentreffen, vergehen Jahre. Der durchgehende Seeuferweg, wie ihn der Verein «Zürisee für alli» 2010 forderte, legt davon Zeugnis ab. Zunächst wurde ein Kompromiss gefunden, dann um Uferzonen, Mitsprache der Gemeinden, Enteignungen, Sichtschutz und Kosten gestritten. Fazit: Obwohl der Kanton jedes Jahr 6 Millionen Franken für Teilprojekte eines Seeuferwegs investieren müsste, wurde seither kein einziger Meter realisiert.

Die Befürworter des Seeuferwegs – Politikerinnen und Politiker aus dem links-grünen Bereich – haben vor allem einen Bremsklotz identifiziert: den Pflichtanteil der Gemeinden, die 20 Prozent der Erstellungskosten eines Seeuferwegabschnitts auf ihrem Gebiet bezahlen sollen. Dieser Passus kam 2013 ins Gesetz zum Seeuferweg. In Wädenswil entspricht dieser Anteil für den geplanten 800 Meter langen Weg zwischen dem Seeplatz und der Halbinsel Giessen rund 4 Millionen Franken. Folglich müsste das Volk an der Urne darüber entscheiden. Doch dafür müsste erst einmal der Stadtrat einen Antrag stellen – und dann auch ein Ja in der Abstimmung folgen.

Initiative im Parlament

Gegen diesen Prozess wehren sich die Befürworter. Darum reichten Jonas Erni (SP, Wädenswil), Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) und Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon) im letzten Oktober eine parlamentarische Initiative ein. Darin verlangen sie die Streichung des Kostenanteils der Gemeinden. Der Kantonsrat erteilte am 19. Oktober der Initiative die vorläufige Unterstützung.

Das in dieser Frage zuständige Amt für Mobilität der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich gab daraufhin ein Gutach-



Am geplanten Abschnitt des Seeuferwegs in Wädenswil zwischen Seeplatz und Halbinsel Giessen (im Hintergrund) entbrannte die Debatte um den Kostenanteil der Gemeinden. Archivfoto: Moritz Hager

ten in Auftrag. Jetzt liegt es vor. Alt-Bundesrichter Peter Karlen hat es ausgearbeitet. Insbesondere ging er der Frage nach, ob der Kostenanteil der Gemeinden eine gebundene, weil keine neue Ausgabe sei. Wenn ja, dann wäre die Pflicht zur Volksabstimmung aufgrund der jeweiligen Finanzkompetenz der Exekutive hinfällig.

Das Rechtsgutachten fällt eindeutig aus: Der Bau der in der kantonalen und regionalen Richtplanung festgesetzten Uferwege «ist eine kantonale Aufgabe». Demnach diene ein Kostenanteil der Gemeinde allein einem allfälligen Vorteilsausgleich. Eine

Entscheidungsfreiheit steht den Gemeinden hingegen nicht zu.

Initiant siegesgewiss

Ein Mitentscheidungsrecht liefe auch dem übergeordneten Zweck des Strassenbaugesetzes zuwider, weil die Gemeinden aufgrund rein lokaler Interessen den Bau von Uferwegabschnitten durch den Kanton erschweren oder ganz vereiteln könnten, heisst es im Gutachten. Daher gilt: «Da den Gemeinden bei der Bewilligung der Beiträge an die Kosten kantonalen Uferwegprojekte keine erhebliche Entscheidungsfreiheit zukommt, stellen diese gebundene Ausgaben dar.»

Kantonsrat Jonas Erni freut sich. «Das Gutachten fällt überraschend eindeutig aus, auch wenn ich es so erwartet habe, da die Ausgangslage gar keine andere Schlussfolgerung zulässt.» Der Wädenswiler, der auch Stadtrat ist, sieht mit der Feststellung der gebundenen Ausgaben «das argumentative Kartenhaus der Gegner» in sich zusammenfallen. Es gehe nicht nur um eine Verbesserung des Angebots für die Einwohnerinnen und Einwohner der jeweiligen Gemeinde. «Die Leute, die den Uferweg nutzen, kommen von überallher, daher ist der Uferweg eine kantonale Aufgabe», sagt Erni. Er erwartet

nun die Streichung des Kostenanteils der Gemeinden gemäss seiner parlamentarischen Initiative vom letzten Oktober. «Ich bin zuversichtlich, dass wir die Mehrheit im Kantonsrat erhalten werden. Die Gemeindebeteiligung ist sachfremd und belastet die betroffenen Gemeinden unnötig.» Erni schätzt, dass die Debatte im Kantonsrat in rund einem Jahr stattfinden dürfte. Die Volkswirtschaftsdirektion gibt noch keine Stellungnahme zum Rechtsgutachten ab. Zuerst wolle man eine tiefere Beurteilung vornehmen, heisst es auf Anfrage.

Christian Dietz-Saluz

Polizei hebt professionelle Hanfanlage aus

Wädenswil Die Zürcher Kantonspolizei hat in einem Lagergebäude in Wädenswil am Donnerstag über 1000 Hanfpflanzen sichergestellt. Die Polizisten seien bei einer Hausdurchsuchung auf die professionell betriebene Anlage gestossen, heisst es in einer Mitteilung der Kantonspolizei. Ein weiterer Raum befand sich in Vorbereitung für dieselbe Anzahl Pflanzen.

Die Anlagen, deren aufwendige Infrastruktur einen Wert von über einhunderttausend Franken haben dürfte, wurden von mehreren Personen betrieben. Vor Ort wurden ein 32-jähriger Schweizer und ein 57 Jahre alter Bulgare verhaftet. Aufgrund weiterer Abklärungen konnte wenig später ein ebenfalls tatverdächtiger 33-jähriger Türke verhaftet werden. Das Trio wurde nach den Erstbefragungen durch die Polizei der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Die Anlagen wurden rückgebaut und mit den Pflanzen fachgerecht entsorgt. (mst)

Anlässe

Als Freiwillige andere Menschen unterstützen

Thalwil Am Dienstag, 24. August, findet im katholischen Pfarreizentrum Thalwil ein Informationsabend zum «Va bene»-Kurs statt. Dieser wird im September und Oktober von der Ökumene Thalwil angeboten. Der Kurs möchte Frauen und Männer dazu ermutigen und befähigen, sich privat oder im Rahmen des ökumenischen Begleitdienstes bzw. anderer sozialer Institutionen für Menschen zu engagieren, die Unterstützung benötigen. So sollen bereichernde Beziehungen für beide Seiten entstehen. Am Informationsabend wird die Ärztin Bernadette Ruhwinkel über das Thema «Resilienz in der Begleitung von Menschen» referieren. Anschliessend wird über den Aufbau des Kurses informiert. Der Kurs-Flyer kann auf den Websites eingesehen werden bzw. die Flyer liegen auch in der katholischen und reformierten Kirche Thalwil auf. Bei weiteren Fragen gibt das katholische Pfarrsekretariat Thalwil Auskunft. (red)

Dienstag, 24. August, 19 Uhr, katholisches Pfarreizentrum, Seehaldenstrasse 7, Thalwil.

Wie weiter nach dem Nein zum CO₂-Gesetz?

Thalwil Wie kann die «Energie-wende», also eine nachhaltige und klimaneutrale Umwelt-, Energie- und Wirtschaftspolitik nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes aussehen? In seinem Referat am Dienstag, 24. August, stellt Ruedi Meier, Präsident von «energie-wende-ja», erste Ansatzpunkte für die Klimapolitik vor und legt dar, welche Bedeutung Kosten/Nutzen- sowie Auswirkungenanalysen haben. Georg Klingler von Greenpeace wird durch den Abend führen und die neusten Fakten aus dem Weltklimarat IPCC vorstellen. (red)

Dienstag, 24. August, 20 Uhr, reformiertes Kirchgemeindehaus, Alte Landstrasse 93A, Thalwil. Sofern es Covid-Situation und Witterung zulassen, findet im Anschluss ein Apéro draussen statt.